



Die Mitglieder der Bürgerrechtskommission (BRK) des Dübendorfer Gemeinderates wissen alles: Einkommen, Bildungsweg, Steuererklärung, Zivilstand, Wohnort, Nachkommen. In einem letzten Gespräch durchleuchtet die BRK ein letztes Mal die zukünftigen SchweizerInnen. Obwohl alle Anforderungen, die nach Gesetz für einen positiven Einbürgerungsentscheid notwendig sind (geprüft durch den Stadtrat) vorhanden und bereits geprüft sind, müssen Einbürgerungswillige nochmals antanzen. Nach einem zehnminütigen Gespräch (was machen Sie in der Freizeit, machen Sie Ferien in der Schweiz, was machen Sie so in ihrem Job, gehst du gerne zur Schule ...) entscheidet die BRK immer und meistens einstimmig, die Einbürgerung dem Gemeinderat zu empfehlen. Für die KandidatInnen gibt es noch ein Couvert mit den wichtigsten Telefonnummern und den Hinweisen, dass nun nichts mehr zu tun sei und dass man im Livestream des Gemeinderates zuschauen könne, wie er abstimmt.

Die Gemeinderatssitzung fängt dementsprechend auch immer mit ein bisschen Gymnastik an: «Wollen sie X aus Z einbürgern?», und dann zack, Hand heben, Hand wieder runter und das ganze gefühlte hundertmal. Wenn die BRK mal nicht einstimmig beschliesst, kommt noch ein kurzes Votum der Minderheitsmeinung, ohne Details ausser zu wenig integriert, finanziell nicht stabil.

Im Zuge der Totalrevision der Gemeindeordnung (GO) und auch des neuen kantonalen Gesetzes darüber, dass nur noch eine Stelle in der Gemeinde für Einbürgerungen zuständig sein dürfe, dachte man eigentlich bis ins bürgerliche Lager hinein, dass man sich die öffentliche Vorführung der zukünftigen SchweizerInnen im Gemeinderat sparen könne: Stadtrat prüft Anforderungen, Stadtrat bürgert ein. Die SVP schaffte es dann doch, eine Mehrheit der für die Revision der GO zuständigen Kommission in Geiselhaft (sonst lehnen wir die gesamte Revision ab!) zu nehmen und den Entwurf dahingehend abzuändern, dass der Gemeinderat weiterhin und neu alleinig zuständig ist für Einbürgerungen. Dies, weil es politisch sei, welcher Mensch SchweizerIn werden dürfe oder eben nicht. Eines der wichtigsten Rechte, die man noch nur als SchweizerIn genießt, ist das Wahl- und Stimmrecht. Wie kann es nun demokratisch sein, dass Leute, die alle Anforderungen erfüllen, um abzustimmen und zu wählen, durch einen politischen Entscheid eben daran gehindert werden sollen? Schlussendlich entschloss sich der Gemeinderat dann durch Stichentscheid der Präsidentin, dass Einbürgerungen nun doch ausschliesslich durch den Stadtrat vorgenommen werden sollen. Leider entschied sich der Gemeinderat auch, auf Antrag der SVP, den StimmbürgerInnen beide Varianten vorzulegen. Während andernorts bereits am AusländerInnenstimmrecht gearbeitet wird, darf sich Dübendorf nun mit einem niveaulosem, hetzerischen Abstimmungskampf seitens der SVP rumschlagen.

Julian Croci, Gemeinderat
Dübendorf, Vorstandsmitglied
Junge Grüne Zürich